

# Korridor B

Unterlagen nach § 21 NABEG  
BBPIG Vorhaben 48

Abschnitt Elbe

Teil C – Eigentumsbelange  
C2 – Rechtserwerbsverzeichnis  
C2.1 – Rechtserwerb Bericht

---

Stand: 25.09.2025

Revision: 01

Vertraulichkeit: public

DCC: CB -D00164 - Antragsunterlagen

TP Doc ID: KorB-GFN-000021-MA-DE

## Revisionsindex

Rev.	Datum	Änderung	Ersteller	Prüfer	Freigeber
01	25.09.2025	Erstfassung	DNI	JFL	JFL
02					
03					
04					
05					

---

**Antragsteller:**

Amprion GmbH

Robert-Schuman-Straße 7

44263 Dortmund

i. V. Arndt Feldmann

i. A. Dirk Hensen

**Verfasser:**

Amprion GmbH

Robert-Schuman-Straße 7

44263 Dortmund

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>1</b>	<b>Einleitung .....</b>	<b>5</b>
1.1	Vorhaben 48 „Korridor B“ .....	5
1.2	Inhalt und Zweck des Dokuments .....	5
<b>2</b>	<b>Hinweise zum Rechtserwerb .....</b>	<b>6</b>
2.1	Allgemeine Hinweise .....	6
2.1.1	Dauerhafte Inanspruchnahme von Flurstücken.....	6
2.1.2	Vorübergehende Inanspruchnahme von Flurstücken.....	7
2.1.3	Leitungseigentum und Erhaltungspflicht für die Kabelanlage .....	7
2.1.4	Schutzstreifen.....	7
2.2	Rechtliche Situation .....	8
2.3	Entschädigungen .....	8
<b>3</b>	<b>Rechtserwerbsverzeichnis.....</b>	<b>9</b>
3.1	Eigentümerangaben .....	9
3.2	Angaben im Rechtserwerbsverzeichnis .....	9
3.2.1	lfd. Nr. Eigentümer.....	9
3.2.2	lfd. Nr. Plan.....	9
3.2.3	lfd. Nr. Flurstück .....	10
3.2.4	Informationen zum Eigentümer.....	10
3.2.5	Angaben zum Flurstück .....	10
3.2.6	Angaben zum Grundbuch .....	10
3.2.7	Nutzungsart (laut Kataster) .....	10
3.2.8	Größe [m²] .....	11
3.2.9	Dauerhaft in Anspruch zu nehmende Fläche (beschränkte persönliche Dienstbarkeit) .....	11
3.2.10	Dauerhafte Zuwegung (Flächen außerhalb des Schutzstreifens) [m²] .....	11
3.2.11	Temporäre Flächeninanspruchnahme (Arbeitsfläche) [m²] .....	11
3.2.12	Temporäre Flächeninanspruchnahme (Zuwegung) [m²] .....	12
3.2.13	Bemerkungen .....	12
3.2.14	Länge des Lichtwellenleiters.....	12
3.3	Zuwegungen.....	12
3.4	Flächen für Kompensationsmaßnahmen .....	13
<b>4</b>	<b>Rechtserwerbspläne 1:2000.....</b>	<b>14</b>

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Abt .....	Abteilung
ATKIS.....	Amtliches topographisch kartographisches Informationssystem
BGB .....	Bürgerliches Gesetzbuch
EnWG .....	Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung – Energiewirtschaftsgesetz
Lfd. Nr. ....	laufende Nummer
MEA .....	Miteigentumsanteile

# 1 Einleitung

## 1.1 Vorhaben 48 „Korridor B“

Das BBPIG-Vorhaben „Höchstspannungsleitung Heide West – Polsum“ (Vorhaben 48, „Korridor B“) ist ein Netzausbauprojekt des Stromübertragungsnetzes, welches sich in der Vorhaben-trägerschaft der Ampriion GmbH befindet und als Erdkabelverbindung geplant wird. Es handelt sich dabei um eine Gleichstromverbindung. Das antragsgegenständliche Vorhaben ist in der Anlage zu § 1 Abs. 1 des Bundesbedarfsplangesetzes (BBPIG) enthalten und wird folgendermaßen bezeichnet:

- BBPIG-Vorhaben 48 Höchstspannungsleitung Heide West – Polsum; Gleichstrom mit den Bestandteilen
- Heide West - B 431 südlich Roßkopp (Wewelsfleth)
- B 431 südlich Roßkopp (Wewelsfleth) - L 111 östlich Allwörden (Freiburg (Elbe)/Wischhafen) (entspricht dem gegenständlich beantragten Abschnitt „Elbe“)
- L 111 östlich Allwörden (Freiburg (Elbe)/Wischhafen) - Polsum

Mit dem Vorhaben 48 wird die Verlegung eines zusätzlichen Leerrohrsystems mit geplant und beantragt, da das Vorhaben im Bundesbedarfsplan eine sog. „H“-Kennzeichnung erhalten hat und somit die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf für Leerrohre feststeht. Die Leerrohre sind vom Gesetzgeber vorgesehen, um potenzielle weitere Systeme und deren Umsetzung berücksichtigen zu können.

Für den gegenständliche Abschnitt Elbe (B 431 südlich Roßkopp (Wewelsfleth) - L 111 östlich Allwörden (Freiburg (Elbe)/Wischhafen)) wird durch die zusätzliche Kennzeichnung mit „G“ nach Bundesbedarfsplan aufgrund der besonderen Eilbedürftigkeit auf eine Bundesfachplanung verzichtet.

## 1.2 Inhalt und Zweck des Dokuments

Gegenstand des vorliegenden Dokumentes ist es zum einen, die Methodik und Grundlagen des Rechtserwerbs für die Realisierung von ElbB allgemein zu beschreiben und zum anderen, die planfeststellungsabschnittsspezifische Situation anhand des Rechtserwerbsverzeichnis sowie der Rechtserwerbspläne darzustellen.

## 2 Hinweise zum Rechtserwerb

### 2.1 Allgemeine Hinweise

#### 2.1.1 Dauerhafte Inanspruchnahme von Flurstücken

Für den Schutz der Kabelanlage hier des Tunnels ist die Einrichtung eines technisch bedingten Schutzstreifens beidseitig zur Kabelachse erforderlich. Der Schutzstreifen stellt eine vom Betrieb bis zur Außerbetriebnahme der Leitung dauerhaft dinglich gesicherte Fläche dar. Unbeschadet dieser dinglichen Sicherung bleibt der Eigentümer frei Verfügungsberechtigter Eigentümer, d. h. der Flurstückseigentümer behält in jedem Fall sein Eigentum, da der Schutzstreifen ausschließlich dem technischen Schutz der Kabelanlage dient. Er kann die belastete Fläche weiterhin landwirtschaftlich in einem die Anlage nicht gefährdendem Umfang nutzen. Neben der dauerhaften Sicherung des Schutzstreifens ist auch die dauerhafte Sicherung von Zuwegungen zum Schutzstreifen bzw. zu den Nebenbauwerken erforderlich, wenn diese nicht über öffentlich gewidmete Straßen und Wege direkt erreichbar sind.

Zur dauerhaften, eigentümerunabhängigen rechtlichen Sicherung der Kabelanlage und, soweit erforderlich, von Zuwegungen ist die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit in Abteilung II des jeweiligen Grundbuches zugunsten des Vorhabenträgers erforderlich. Die Dienstbarkeit gestattet dem Vorhabenträger die Errichtung und das dauerhafte Belassen der Kabelanlage, deren Betrieb sowie die Instandsetzung / Instandhaltung / Erneuerung – kurz: deren Unterhaltung - im Schutzstreifen und das Betreten / Befahren des Flurstücks zu den vorbezeichneten Zwecken. Gleichzeitig verpflichtet sie den Eigentümer des Flurstücks, leitungsgefährdende Maßnahmen zu unterlassen.

Weiterführende Informationen zum Schutzstreifen sowie zu den von der Kabelanlage in Anspruch genommenen Flächen (dauerhaft wie vorübergehend), können dem Teil B1 „Technische Vorhabenbeschreibung“ dieser Planfeststellungsunterlagen entnommen werden.

Voraussetzung für die Eintragung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch ist eine notariell beglaubigte Eintragungsbewilligung des jeweiligen Flurstückseigentümers. Deren Erteilung erfolgt auf der Grundlage einer schuldrechtlichen Vereinbarung, den Abschluss einer Vereinbarung mit dem Flurstückseigentümer, der die Verpflichtung zur Bewilligung der Dienstbarkeit enthält. Für den Fall, dass Verhandlungen über eine gütliche Einigung nicht zum Erfolg führen, stellt der Planfeststellungsbeschluss aufgrund seiner enteignungsrechtlichen Vorwirkung die Grundlage für ein dann erforderlich werdendes Besitzeinweisungs- und Enteignungsverfahren dar.

Soweit Eigentümer von gewidmeten Flurstücken (z. B. gewidmete Verkehrsflächen für Straße und Schiene) keine Eintragung einer Dienstbarkeit gewähren, wird vom Vorhabenträger bei derartigen Flächen um eine obligatorische Gestattung ersucht.

### 2.1.2 Vorübergehende Inanspruchnahme von Flurstücken

Bestimmte Flurstücke werden für den Bau der Kabelanlage nur vorübergehend, z. B. durch das Befahren mit Baufahrzeugen oder als Lagerfläche bzw. Arbeitsfläche, genutzt und sind auch nur für den Zeitraum während der Bauphase notwendig. Die vorübergehende Nutzungsbefugnis wird durch Nutzungsvereinbarungen bzw. sog. Bauerlaubnisse gewährleistet. Eine Sicherung dieser Flächen durch Eintrag einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch ist hierfür nicht erforderlich. Im Fall einer Weigerung der Betroffenen wird ein Besitzeinweisungsverfahren eingeleitet.

Von der schuldrechtlichen Vereinbarung mit dem Grundstückseigentümer erfasst ist auch die Inanspruchnahme des Flurstückes für die Nutzung des Arbeitsstreifens zum Anlagenbau. Für die von den Arbeitsstreifen betroffenen Flächen werden zudem Nutzungsvereinbarungen mit den Nutzungsberechtigten abgeschlossen, die alle Fragen der zeitweiligen Inanspruchnahme und der Wiederherstellung der Nutzflächen sowie die Entschädigung der Flur- und Folgeschäden regeln.

### 2.1.3 Leitungseigentum und Erhaltungspflicht für die Kabelanlage

Die Vorhabenträgerin ist Eigentümer der Kabelanlage, einschließlich des Tunnels und Nebengebäude. Da die Kabelanlage nur zu einem bestimmten Zweck mit dem fremden Flurstück verbunden wird, handelt es sich um Scheinbestandteile des jeweiligen Flurstückes i. S. von § 95 Abs. 1 BGB (Bürgerliches Gesetzbuch). Ein Eigentumsübergang auf den Flurstückseigentümer durch Verbindung mit dem Flurstück (§ 946 BGB i. V. m. § 94 BGB) erfolgt daher nicht. Die Erhaltungspflicht für alle Bestandteile der Kabelanlage liegt beim Eigentümer der Kabelanlage.

### 2.1.4 Schutzstreifen

Im einem Grundstücksstreifen von 15 m Breite (zu beiden Seiten der Tunnelachse im Abstand von je 7,50 m) dürfen nicht ohne Zustimmung der Rechtsinhaberin bauliche und sonstige Anlagen errichtet werden. Die Zustimmung erfolgt durch Abschluss einer schriftlichen Vereinbarung zwischen der Rechtsinhaberin und dem Eigentümer über die einzuhaltenden technischen und rechtlichen Einzelheiten des Bauvorhabens. Die Rechtsinhaberin wird der Erstellung von baulichen und sonstigen Anlagen dann zustimmen, wenn die technischen und rechtlichen Bestimmungen eingehalten werden und der Bestand, der Betrieb und die Unterhaltung der Kabelanlage nicht beeinträchtigt oder gefährdet werden. Im Schutzstreifenbereich sind

Bodeneingriffe wie Bohrungen oder Schachtungen unterhalb von 10,00 m unter Erdoberkante sowie sonstige Einwirkungen und Maßnahmen, die den ordnungsgemäßen Bestand oder Betrieb der Kabelanlage beeinträchtigen oder gefährden können, untersagt.

## 2.2 Rechtliche Situation

Grundlagen für Wegerecht und Betretungserlaubnisse

Wesentliche gesetzliche Grundlagen in ihrer jeweiligen zuletzt gültigen Fassung sind:

- §§ 1018 ff., 1090 ff. BGB (Bürgerliches Gesetzbuch)
- §§ 43-48 EnWG (Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung - Energiewirtschaftsgesetz)
- NABEG (Netzausbaubeschleunigungsgesetz)
- Privatrechtliche Vereinbarungen
- Wegerecht und Betretungserlaubnisse

Die Vorhabenträgerin strebt eine Einholung aller erforderlichen Wegerechte zu Bauvorbereitung, Bau und Betrieb vor Inanspruchnahme der vorhabenbetroffenen Flächen an. Zu den für die Durchführung des Vorhabens erforderlichen Rechten zählen:

1. Dienstbarkeiten
2. Obligatorische Leitungs- und Anlagenrechte, evtl. gesonderte Geh- und Fahrrechte bei Zuwegungen
3. Eigentum an zu kaufenden Flurstücksflächen

Für die Errichtung der Schacht- und Betriebsgebäude sowie für das spätere Betriebsgelände und die Betriebszufahrten ist es zwingend notwendig, die dafür benötigten Flurstücke zu erwerben. Die hiervon betroffenen Flurstücke können nicht mehr anderweitig vom bisherigen Eigentümer genutzt werden, da diese Bauwerke und Infrastrukturf lächen eine entsprechende Größe haben und in der Regel eingefriedet sind. Durch den Erwerb des Eigentums an diesen Flurstücken sind keine weiteren privatrechtlichen Vereinbarungen für eventuelle bauliche Adaptionen und Anpassungen sowie Betretungserlaubnisse zu den Flurstücken erforderlich.

## 2.3 Entschädigungen

Wenn Flurstücke für den Bau genutzt werden, erhalten die Eigentümer der Flächen eine Entschädigung – auf Grundlage eines abzuschließenden Vertrags oder durch Festsetzung im Rahmen eines etwaigen Zwangsbelastungsverfahrens nach enteignungsrechtlichen Grundsätzen; Flurschäden werden den Nutzungsberechtigten ausgeglichen. Die Höhe der Entschädigung ist nicht Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens.



## 3 Rechtserwerbsverzeichnis

Das Rechtserwerbsverzeichnis umfasst die Flurstücke, die für den Bau und Betrieb der Kabelanlage, ihrer Nebenbauwerke, Zuwegungen und Kompensationsflächen in Anspruch genommen werden, zum einen dauerhaft und dinglich gesichert (beschränkte persönliche Dienstbarkeit), zum anderen vorübergehend zur Bauausführung. Sollte das Eigentum an bestimmten Flurstücken zwingend erworben werden müssen, ist dies ebenfalls im Rechtserwerbsverzeichnis vermerkt. Zur Ermittlung von Namen, Anschrift und Geburtsdatum der Eigentümer wurden Daten aus dem Grundbuch sowie dem amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem ALKIS erhoben. Die zugrundeliegenden Katasterdaten sind auf dem Stand von 24.03.2025.

Die im Rechtserwerbsverzeichnis angeführten Blattnummern beziehen sich auf die Rechtserwerbspläne (Teil C3).

Nutzungsarten: Eine Auflistung der im Planfeststellungsabschnitt Elbe vorkommenden Nutzungsarten ist dem Rechtserwerbsverzeichnis zu entnehmen.

### 3.1 Eigentümerangaben

Die personenbezogenen Daten werden im Rechtserwerbsverzeichnis aufgrund datenschutzrechtlicher Vorgaben verschlüsselt aufgelistet. Der Genehmigungsbehörde liegen die Eigentümerangaben vor.

### 3.2 Angaben im Rechtserwerbsverzeichnis

#### 3.2.1 lfd. Nr. Eigentümer

Den Eigentümern ist eine Schlüsselnummer zugeordnet. Anhand dieser Schlüsselnummer werden die Eigentümer der von den Vorhaben betroffenen Flurstücke identifiziert. Die Nummern ergeben sich durch die fortlaufende Nummerierung der von den Vorhaben betroffenen Eigentümern. Die Eigentümernummer lässt nicht unbedingt auf eine Einzelperson schließen, z. B. wenn das Eigentum im Besitz einer Erbengemeinschaft ist.

#### 3.2.2 lfd. Nr. Plan

Diese Spalte gibt an, in welchem kombinierten Lage- und Rechtserwerbsplan (Unterlage C2.2) sich das Flurstück befindet.

### 3.2.3 lfd. Nr. Flurstück

Jedem betroffenen Flurstück entlang des Trassenverlaufes ist eine Ordnungsnummer zugeteilt, die innerhalb einer Gemarkung mit fortlaufender Nummerierung, beginnend mit 1, vergeben wurde. Die Kennzeichnung in den Rechtserwerbsplänen erfolgt durch kreisförmig umrandete Ziffernfolgen.

### 3.2.4 Informationen zum Eigentümer

Die Nummern in der Spalte lfd. Nr. Abt. I Grundbuch beziehen sich auf die Abteilung 1 des jeweiligen Grundbuchs und stellen dort die lfd. Nummer der Eintragung dar (1. Spalte der Abteilung I des Grundbuchs).

Die Namen und Adressen der Eigentümer der jeweiligen Grundstücke werden aus datenschutzrechtlichen Gründen in den öffentlich ausliegenden Rechtserwerbsregistern nicht aufgeführt. Die Gemeinden und die Planfeststellungsbehörde, bei denen die öffentliche Auslegung der Planfeststellungsunterlagen erfolgt, erhalten zusätzlich ein Rechtserwerbsverzeichnis mit den Eigentümerangaben, das nicht öffentlich ausgelegt wird. Alle, die ein berechtigtes Interesse nachweisen, erhalten dort Auskunft über die nicht offengelegten Eigentümerangaben der sie betreffenden Grundstücke.

### 3.2.5 Angaben zum Flurstück

Die Angaben zu Stadt/Gemeinde, Gemarkung, Flur, Flurstück und Miteigentumsanteilen (MEA) stellen die nähere Bezeichnung des betroffenen Flurstückes zum Grundbuch dar und sind der amtlichen Grundlage (ALKIS) entnommen.

### 3.2.6 Angaben zum Grundbuch

Die Angaben zu Amtsgericht, Bezirk, Blatt, Bestandsverzeichnis (Best. Verz.) und Grundbuchart stellen den Bezug des betroffenen Flurstücks zum Grundbuch dar. Die Angaben sind aus der amtlichen Grundlage (ALKIS) entnommen und per Grundbuchabgleich geprüft.

### 3.2.7 Nutzungsart (laut Kataster)

Die Angaben zur tatsächlichen Nutzung des betroffenen Flurstücks sind aus der amtlichen Grundlage (ALKIS) entnommen.

### 3.2.8 Größe [m<sup>2</sup>]

Die Angaben zur Größe des Flurstücks entsprechen der Buchfläche laut Katasterzahlenwerk.

### 3.2.9 Dauerhaft in Anspruch zu nehmende Fläche (beschränkte persönliche Dienstbarkeit)

Bei der dauerhaft in Anspruch zu nehmenden Fläche wird zwischen der Schutzstreifenfläche und der Fläche mit dauerhaftem Nutzungsentzug unterschieden. Diese stellt die vom Schutzstreifen der Vorhaben betroffene Fläche in Quadratmetern dar. Diese Fläche wird dauerhaft grundbuchlich in Form eines Leitungsrechts durch die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit gesichert.

Im einem Grundstücksstreifen von 15 m Breite (zu beiden Seiten der Tunnelachse im Abstand von je 7,50 m) dürfen nicht ohne Zustimmung der Rechtsinhaberin bauliche und sonstige Anlagen errichtet werden. Die Zustimmung erfolgt durch Abschluss einer schriftlichen Vereinbarung zwischen der Rechtsinhaberin und dem Eigentümer über die einzuhaltenden technischen und rechtlichen Einzelheiten des Bauvorhabens. Die Rechtsinhaberin wird der Erstellung von baulichen und sonstigen Anlagen dann zustimmen, wenn die technischen und rechtlichen Bestimmungen eingehalten werden und der Bestand, der Betrieb und die Unterhaltung der Kabelanlage nicht beeinträchtigt oder gefährdet werden. Im Schutzstreifenbereich sind Bodeneingriffe wie Bohrungen oder Schachtungen unterhalb von 10,00 m unter Erdoberkante sowie sonstige Einwirkungen und Maßnahmen, die den ordnungsgemäßen Bestand oder Betrieb der Kabelanlage beeinträchtigen oder gefährden können, untersagt.

Die rechtliche Sicherung der Nutzung oder Querung der öffentlichen Verkehrs- und Wasserwege sowie der Bahnstrecken erfolgt über Kreuzungsverträge bzw. Gestattungsverträge.

### 3.2.10 Dauerhafte Zuwegung (Flächen außerhalb des Schutzstreifens) [m<sup>2</sup>]

Angabe der Fläche, die für eine dauerhafte Zuwegung außerhalb des Schutzstreifens benötigt wird.

### 3.2.11 Temporäre Flächeninanspruchnahme (Arbeitsfläche) [m<sup>2</sup>]

Beschreibt die Baubedarfsfläche auf dem Flurstück, die für den Bau der Vorhaben temporär benötigt wird.

### 3.2.12 Temporäre Flächeninanspruchnahme (Zuwegung) [m<sup>2</sup>]

Beschreibt die Fläche auf dem Flurstück, die für die Zuwegung der Vorhaben temporär benötigt wird.

### 3.2.13 Bemerkungen

Unter Bemerkungen werden weitere Informationen gelistet, die das betroffene Flurstück betreffen wie beispielsweise

- verortete Erdungsmuffen mit Bezeichnung,
- Folgemaßnahmen mit laufender Nummer sowie Art der Folgemaßnahme angegeben.

### 3.2.14 Länge des Lichtwellenleiters

Die Länge der mitverlegten Signalkabel in Form des Lichtwellenleiters (in m) wird für jedes Vorhaben angegeben.

## 3.3 Zuwegungen

In den Rechtserwerbsplänen sind nicht allgemein für die Öffentlichkeit freigegebene Straßen und Wege gekennzeichnet, die für das Vorhaben durch die Vorhabenträgerin oder durch ihn beauftragte Personen genutzt werden.

Zur Gewährleistung der Erreichbarkeit des Abschnitts werden auch bereits vorhandene Zuwegungen und Überfahrten, die ebenfalls als Zuwegung zur Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen dienen, genutzt. Die erforderlichen Zuwegungen werden bei Erfordernis als Baustraßen ausgebaut, wenn diese keine ausreichende Tragfähigkeit oder Breite besitzen. Nach Abschluss der Baumaßnahmen erfolgt eine Wiederherstellung in den ursprünglichen Zustand oder der ausgebaute Zustand wird in Abstimmung mit den Eigentümern unterhaltspflichtig an diese übergeben. Zuwegungen können unterschieden werden in:

1. Temporäre Zuwegungen, die nur während der Bauausführung genutzt werden. Für temporäre Zuwegungen wird von den Betroffenen eine Zustimmung eingeholt. Es wird angestrebt, alle Flurstücke im Eigentum eines Eigentümers in einem einzigen Zustimmungsdokument aufzuführen.
2. Dauerhaft zu sichernde Zuwegungen, z. B. für Zuwegungen zu dauerhaft bestehenden Anlagen wie den Nebenbauwerken.

Flächeninanspruchnahmen für Zuwegungen werden, je nach Art der Nutzung, in den Spalten „Dingliche Sicherung“ (dauerhafte Zuwegung) für das jeweilige Vorhaben sowie

„Vorübergehende Flächeninanspruchnahme“ (temporäre Zuwegung) im Rechtserwerbsverzeichnis aufgeführt.

### 3.4 Flächen für Kompensationsmaßnahmen

Für Flächen, die dauerhaft als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zur Kompensation naturschutzfachlicher Eingriffe oder Beeinträchtigungen dienen, sind Vereinbarungen mit den Eigentümern und etwaigen Nutzungsberechtigten zu schließen. Im Rechtserwerbsverzeichnis sind auch alle Flächen für Kompensationsmaßnahmen aufgelistet und es umfasst alle Flurstücke, die als Kompensation für Eingriffe in oder sonstige Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft benötigt werden. Die dauernde funktionsgerechte Nutzung dieser Flächen wird, wo erforderlich, durch eine dingliche Sicherung sichergestellt. Ein geringerer Ertrag durch z. B. geminderte Nutzung auf den entsprechenden Flächen wird entschädigt. Die Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden in der Spalte „Dingliche Sicherung für Kompensation“ für das jeweilige Vorhaben im Rechtserwerbsverzeichnis beschrieben.

## 4 Rechtserwerbspläne 1:2000

Die Pläne geben die Grenzen der vom Vorhaben berührten Flurstücke wieder. Hierzu sind alle in Anspruch genommenen Flurstücke mit Flurstücks-Ordnungsnummern und die Eigentümer mit Eigentümer- Schlüsselnummern bezeichnet. Die Pläne stellen alle dauernd und vorübergehend in Anspruch zu nehmenden Flächen dar. Zur Orientierung ist im Plan auch das Tunnelbauwerk mit Kilometrierung dargestellt.

Für den Planfeststellungsabschnitt Elbe sind die Planunterlagen in Teil C3 „Rechtserwerbspläne“ beigelegt.